

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Sport

18. Sitzung

1. Februar 2013

Beginn: 11.00 Uhr

Schluss: 12.32 Uhr

Vorsitz: Karin Halsch (SPD)

Punkt 1 der Tagesordnung

Dr. Gabriele Hiller (LINKE) fragt, ob sich die Berliner Bäder-Betriebe am Super-Ferien-Pass 2013/2014 beteiligten.

Bürgermeister Frank Henkel (SenInnSport) antwortet, dass sich an der bisherigen Regelung nichts ändere.

Dr. Gabriele Hiller (LINKE) bittet, die Zuständigen darüber schriftlich zu informieren.

Bürgermeister Frank Henkel (SenInnSport) sagt dies zu.

Dennis Buchner (SPD) stellt fest, dass die Fußball-EM 2020 in verschiedenen europäischen Städten ausgetragen werden solle. Der DFB habe vier deutsche Städte vorgesehen. Werde Berlin Bewerbungsunterlagen abgeben?

Bürgermeister Frank Henkel (SenInnSport) kündigt eine Bewerbung an. Berlin verfüge mit dem Olympiastadion über die erforderliche Infrastruktur.

Martin Beck (GRÜNE) möchte wissen, welche Erwartungen der Senat an einen neuen Vorstand der Berliner Bäder-Betriebe habe. Seien Neuausrichtungen geplant?

Bürgermeister Frank Henkel (SenInnSport) erklärt, dass das vorrangige Ziel weiterhin die Sicherung eines breiten und leistungsfähigen Bäderangebots sei.

Martin Beck (GRÜNE) geht davon aus, dass der Senat im Lauf des Jahres noch Vorstellungen zur Bäder- und Preisgestaltung, zu den Öffnungszeiten, zur Kooperation mit den Vereinen usw. entwickle, die mit dem Ausschuss besprochen würden.

Bürgermeister Frank Henkel (SenInnSport) betont, dass es keinen Grund gebe, die Arbeit des bisherigen Vorstands grundlegend zu verändern. Es gebe Programme, nach denen gearbeitet worden sei. Er gehe davon aus, dass sie dem Hauptausschuss vorgelegt worden seien. Der neue Vorstand sei ab 1. Mai 2013 im Amt. Danach könnten die Aspekte, die Herr Beck angesprochen habe, noch einmal mit dem Ausschuss vertieft werden.

Punkt 2 der Tagesordnung

- | | | |
|----|--|----------------------|
| a) | Antrag der Fraktion Die Linke | 0049 |
| | Drucksache 17/0775 | Sport |
| | Bau des Außenbeckens am Seydlitzbad in Moabit unterstützen – der Senat muss Farbe bekennen! | Haupt |
| b) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs | 0048 |
| | Kombibad Seydlitzstraße – welche Position vertritt der Senat? | Sport |
| | (auf Antrag der Fraktion Die Linke) | |

Dr. Gabriele Hiller (LINKE) entnimmt einer E-Mail des Bezirksamts Mitte vom Januar 2013, dass sich Senator Henkel gegen das Bad in der Seydlitzstraße entschieden habe. Als Grund sei die finanzielle Lage des Bezirks angegeben worden. Diese Aussage sei am nächsten Tag zurückgenommen worden. – Wie stehe der Senat tatsächlich zu dem Bad? Sie erwarte von der heutigen Sitzung eine Klärung der Frage, ob das Bad politisch gewollt sei.

Bürgermeister Frank Henkel (SenInnSport) erinnert daran, dass das Sommerbad in der Seydlitzstraße im Jahr 2002 aus Haushaltsgründen dauerhaft geschlossen worden sei. Seitdem betrieben die Bäder-Betriebe nur noch das Hallenbad.

Ende des Jahres 2012 sei die Information verbreitet worden, der Aufsichtsrat habe unter seiner Führung im November eine Entscheidung getroffen. Er habe versucht klarzustellen, dass dies nicht zutreffe. Vielmehr habe der Aufsichtsrat die weitere Behandlung der Vorlage vertagt, da die Zusicherung des Bezirks nicht belastbar gewesen sei und das Betriebsrisiko im Fall des Baus eines Außenbeckens bei den Bäder-Betrieben verbleibe.

Zur Kostensituation: Es gebe eine belastbare Zusage von rd. 1,6 Millionen Euro aus dem Programm Stadtumbau West und die Bemühenszusage des Bezirks, per anno 20 000 Euro als Defizitausgleich zur Verfügung zu stellen. Die Berechnungen und Prognosen, die dem Aufsichtsrat vorgelegt worden seien, hätten die Bedenken gegenüber dem finanziellen Risiko nicht ausräumen können. Bei einer Entscheidung unterscheide er zwischen der politischen Dimension und dem Wohl der Gesellschaft. Es dürfe kein „ungedeckter Scheck“ ausgestellt werden, bei dem alle finanziellen Risiken zulasten der Bäder-Betriebe gingen. Die Zusage des

Bezirks Mitte sei ehrenwert, aber man müsse ihre Belastbarkeit hinterfragen, insbesondere da der Bezirk der vorläufigen Haushaltswirtschaft unterstehe. Es halte es grundsätzlich für zweifelhaft, ob der Bezirk über einen Zeitraum von zehn Jahren eine solche Zusage geben könne.

Wenn sich eine belastbare Lösung ergebe, das Außenbecken ohne ein finanzielles Risiko für die Bäder-Betriebe in Betrieb zu nehmen, werde er diese unterstützen. Um diese Möglichkeit offen zu halten, habe er das Thema nicht noch einmal auf die Tagesordnung des Aufsichtsrats gesetzt.

Dennis Buchner (SPD) geht davon aus, dass zusätzliche Schwimmflächen aus Sicht des Sportausschusses immer erwünscht seien. Keiner werde sich einer Inbetriebnahme des Außenbeckens in der Sydlitzstraße verschließen, wenn ein Weg gefunden werde, der den Landeshaushalt nicht belaste. Das sei nur möglich, indem der Bezirk Mitte eine belastbare Finanzierung nachweise.

Es sei ein Erfolg, dass die Koalition 50 Millionen Euro für die Bäder-Betriebe in den aktuellen Haushalt eingestellt habe. Damit könnten die bestehenden Bäder erhalten und die vereinbarten Hallenbäder in Betrieb genommen werden. Bis spätestens Anfang 2015 werde es 37 Hallenbäder und die im Koalitionsvertrag festgelegten Kombibäder geben. Dieses Ziel sei erreichbar und finanziell tragfähig, aber mit neuen Forderungen – die es nicht nur bezüglich des Bades in der Sydlitzstraße gebe – müsse man vorsichtig umgehen.

Martin Beck (GRÜNE) möchte wissen, ob die Information zutreffe, wonach es bei den Bäder-Betrieben eine Wirtschaftlichkeitsberechnung gebe, die einen wirtschaftlichen Betrieb des Außenbeckens in der Sydlitzstraße nachweise.

Er teile die Ansicht, dass man gegenüber der Zusage des Bezirks Mitte skeptisch sein müsse. Seien PPP-Modelle in Erwägung gezogen worden? Bestehe die Möglichkeit, die Betriebskosten über einen städtebaulichen Vertrag langfristig abzusichern? Wie stehe Senator Henkel zu einer Zusammenarbeit mit Privaten?

Dr. Gabriele Hiller (LINKE) wendet in Richtung von Abg. Buchner ein, dass den Anwohnern in Moabit ein ausgeglichener Bäderhaushalt nichts nutze, wenn sie wohnungsnah schwimmen gehen wollten. Das Bad in der Sydlitzstraße liege in einem sozialen Brennpunkt im Zentrum Berlins. Da es sich um eine Erweiterung des bestehenden Hallenbads handele, sei die Bewirtschaftung günstig. Zudem müsse das Grundstück nicht mehr erworben werden. All das seien gute Gründe, gerade an dieser Stelle ein Freibad zu schaffen.

Das finanzielle Risiko von 20 000 Euro sei gering, und der Bezirk habe zugesagt, es zu tragen. Bezirksbürgermeister Hanke halte es aber für relativ unwahrscheinlich, dass die Risikoabschirmung zum Tragen komme. Sie denke, dass auch die Bäder-Betriebe diese Mittel aufbringen könnten. Das zeigten andere Ausgaben, z. B. für Stellenbesetzungen, die scheinbar problemlos möglich seien.

Gegenüber der BVV Mitte habe der zuständige Stadtrat erklärt, ein Anruf bei Staatssekretär Feiler habe ergeben, dass der Bezirk alle erforderlichen Unterlagen vorgelegt habe und diese anerkannt würden. Warum zweifle Senator Henkel an dem Vorgehen? Sie bitte auch zu bedenken, dass die Haushaltsjahre 2013 und 2014 gar nicht betroffen seien, sondern frühestens

das zweite Halbjahr 2015. Es sei noch völlig unklar, wie die Haushaltsaufstellung des Bezirks dann vonstatten gehe.

Eine Ausdehnung der Betriebserlaubnis sei nach dem Bäderanstaltsgesetz durchaus möglich. Die wirtschaftliche Situation der Bäder-Betriebe lasse ein weiteres Außenbecken zu. Seit dem Eingreifen der rot-roten Koalition im Jahr 2002 hätten sich die Bäder-Betriebe wirtschaftlich saniert. Das müsse auch der Bevölkerung zugute kommen.

Peter Trapp (CDU) gibt zu bedenken, dass die rot-rote Regierung die Zahl der Bäder auf 37 festgelegt habe. Wäre es seinerzeit bei den 43 Millionen Euro geblieben, die die seinerzeitige Regierung für die Bäder-Betriebe vorgesehen habe, wäre das Defizit bestehen geblieben. Das sei erst durch die 3 Millionen Euro für Betriebskosten und 5 Millionen Euro für Instandhaltungsmaßnahmen anders geworden, die dazugegeben worden seien. Jetzt sei man an dem Punkt angekommen, an dem man auf schwarze Zahlen hoffen könne. Es sei falsch, diese Aussicht durch die Eröffnung eines neuen Beckens zu gefährden. Er befürchte, dass dafür ein anderes Bad geschlossen werden müsse. Sei die Linksfraktion dazu bereit? Zudem müsse aufgrund der steigenden Energiepreise mit höheren Betriebskosten gerechnet werden. Wie solle anderen Quartieren vermittelt werden, dass in Moabit ein neues Becken in Betrieb genommen werde, ihre Schwimmbäder aber geschlossen blieben?

Andreas Baum (PIRATEN) möchte von Senator Henkel wissen, wie hoch er das finanzielle Risiko einschätze und wieso er davon ausgehe, dass der Bezirk es nicht tragen könne.

Trotz des Bädersanierungsprogramms seien einige Bäder sanierungsbedürftig. Beispiele dafür seien das Standbad Wannsee und die Freibäder Friedrichshagen und am weißen See.

Karlheinz Nolte (SPD) weist darauf hin, dass eine Entscheidung nicht nur aus sportpolitischer Sicht getroffen werden könne, sondern auch aus haushaltspolitischer. Die Koalition habe sich entschieden, die vorhandenen Bäder zu erhalten. Eine Zusage, das Angebot zu erweitern, gebe es hingegen nicht. Das lasse die Haushaltssituation in absehbarer Zeit nicht zu. Die Bäder-Betriebe hätten nach wie vor die Aufgabe, ihr Defizit zu beseitigen. Solange das Risiko im Falle einer Erweiterung beim Land Berlin liege, solle man vernünftigerweise davon Abstand nehmen. Er gehe davon aus, dass die Linksfraktion diese Ansicht teilen würde, wenn sie noch Regierungsverantwortung trüge.

Dr. Gabriele Hiller (LINKE) ruft in Erinnerung, dass die rot-rote Regierung zusätzliche 65 Millionen Euro für ein Bädersanierungsprogramm eingesetzt habe. Damit sei erfolgreich gearbeitet worden. Die damit finanzierten Sanierungen wirkten sich langfristig positiv aus.

Es stehe nicht zur Diskussion, im Zuge der Risikoabschirmung für die Seydlitzstraße ein anderes Bad zu schließen. Der Bezirk Mitte habe gut dargestellt, dass er das Risiko übernehmen könne.

Sie frage, Herrn Dr. Lipinsky als Vorsitzenden der Bäder-Betriebe, welche Finanzierung er sich im Rahmen des eigenen Haushalts vorstellen könne. Eine Möglichkeit sei die Reduzierung von Heizkosten.

Politiker von SPD und CDU hätten sich vor der Wahl einhellig für das Außenbecken ausgesprochen. Sie fordere die Koalition auf, ehrlich zu sagen, dass sie das Bad in der Sydlitzstraße nicht wolle, und nicht den Bezirk Mitte vorzuschieben. Das seien Politiker den Bürgern schuldig.

Bürgermeister Frank Henkel (SenInnSport) entgegnet seiner Vorrednerin, dass es sich jederzeit an seinen Aussagen messen lasse. Er sei immer bereit, Betroffenen, Bürgerinitiativen u. a. seine Haltung darzulegen.

Die Aufsichtsräte – sowohl von BBB als auch von BBB-Infra als Eigentümerin – hätten das Projekt in den letzten Jahren aus wirtschaftlichen Gründen nicht mitgetragen. Es handele sich also keineswegs um eine Haltung, die erst in den letzten zwölf Monaten entstanden sei.

Die Kernaufgabe der BBB sei und bleibe der Erhalt der 37 Hallen- und der 14 Sommerbäder. Das sei eine große Aufgabe – nicht zuletzt des Haushaltsgesetzgebers, der dies finanziell unterstütze.

Er betone noch einmal, dass er sich nicht gegen ein Außenbecken ausspreche. Voraussetzung für dessen Realisierung sei aber eine belastbare Finanzierung, Zweckbindung und Gewährleistung der Folgekosten. Derzeit liege kein derartiges Konzept vor.

Der Erwerb der Außenfläche sei sinnvoll gewesen, da sie als Liegewiese genutzt werde.

Auf Zitate des Bezirksbürgermeisters auf Veranstaltungen könne er nicht reagieren, wenn er nicht persönlich teilgenommen habe. Das gelte auch für Äußerungen des Staatssekretärs für Finanzen gegenüber dem Stadtrat. Er kenne hingegen die Auffassungen, die Staatssekretär Feiler im Aufsichtsrat vertrete.

PPP-Modellen stehe er aufgeschlossen gegenüber. Er könne sich auch vorstellen, einen städtebaulichen Vertrag abzuschließen. Es stelle sich nur die Frage, mit welchem Partner. Es sei bereits nach einem privaten Investor gesucht worden. Das habe aber nicht zum Erfolg geführt.

Die Wirtschaftlichkeitsberechnung gehe von 40 000 Besuchern und einem Eintrittspreis von ca. 2,50 Euro aus. Dafür würden 100 000 Euro verbucht. Die Betriebskosten lägen im ersten Jahre bei etwa 51 000 Euro. Die Personalkosten für die Aufsicht betrügen rd. 62 000 Euro. Hinzu komme noch ein Klubkonzept für 20 000 Euro. Für Abschreibung, Handlungsaufschläge für Geschäftsbesorgung u. Ä. gebe es nur wenige Angaben. Damit komme man auf etwa 120 000 Euro Gesamtkosten für ein Jahr. Man müsse bedenken, dass die 1,6 Millionen Euro aus dem Stadtumbau West eine Zweckbindung und Laufzeit hätten. Das Becken solle aber längerfristig betrieben werden.

Dennis Buchner (SPD) stellt in Richtung von Frau Dr. Hiller klar, dass das Außenbecken wünschenswert sei und man sich weiterhin um eine Finanzierungsmöglichkeit außerhalb des Landeshaushalts bemühe. Die Aufforderung, zuzugeben, dass man das Bad nicht wolle, sei kontraproduktiv.

Dr. Gabriele Hiller (LINKE) merkt an, dass die Inbetriebnahme des Außenbeckens zu keiner Erhöhung der Anzahl der Bäder führe, sondern nur zu einer Vergrößerung der Wasserfläche und zur Schaffung eines Kombibades.

Der Senat plane 80 Millionen Euro für den Olympiapark ein, davon allein 17 Millionen Euro für das dortige Freibad. Wenn man es politisch wolle, seien also entsprechende Mittel vorhanden. Dagegen seien 20 000 Euro für einen sozialen Brennpunkt eine kleine Summe. Entspreche das der Prioritätensetzung des Senats?

Martin Beck (GRÜNE) bittet, dem Ausschuss die Wirtschaftlichkeitsberechnung vorzulegen.

Er halte es für falsch, an der strengen Begrenzung auf 37 Bäder festzuhalten. Eine gewisse Flexibilität sei erforderlich, um die Sportpolitik voranzubringen.

Könne Senator Henkel einem PPP-Modell zustimmen, in dem das Land ausschließlich die Betriebskosten übernehmen müsse?

Peter Trapp (CDU) weist darauf hin, dass für seine Fraktion die Bestandssicherung Vorrang vor der Inbetriebnahme neuer Schwimmhallen habe.

Dr. Klaus Lipinsky (Vorstandsvorsitzender der Berliner Bäder-Betriebe) erklärt, dass die Wirtschaftlichkeitsberechnung teilweise auf Annahmen beruhe. Beispielsweise könne die Besucherzahl nicht sicher vorausgesagt werden, da dabei das Wetter eine wichtige Rolle spiele.

Es sei richtig, dass in einem Haushalt von 60 Millionen Euro 20 000 Euro aufgebracht werden könnten, aber auch dafür müsse etwas anderes wegfallen. Zudem müsse in den kommenden Jahren mit steigenden Betriebskosten gerechnet werden. Eine weitere Schwierigkeit sei, dass das Außenbecken auf dem Grund der BBB-Infra gebaut werden müsse und infolgedessen nicht klar sei, wer das Becken betreibe, für die Instandhaltung und Abschreibung zuständig sei usw.

Er habe sich immer für die Inbetriebnahme des Außenbeckens eingesetzt und bedauere, dass dies nicht möglich gewesen sei. Ein Außenbecken könne die Attraktivität des Bades in der Seydlitzstraße sehr erhöhen. Die Verhandlungen mit dem Investor, der auf dem Nachbargrundstück eine Wellness-Einrichtung baue, seien nach anfänglichem Interesse leider nicht erfolgreich gewesen. Er hoffe, dass sich noch eine Finanzierungsmöglichkeit ergebe. Eventuell könnten die Kosten dadurch vermindert werden, dass ein Becken nahe der Halle gebaut und damit von innen beaufsichtigt werden könne. Wenn es aus Edelstahl sei, heize es sich im Sommer schneller auf als ein Fliesenbecken, und mit einer Beleuchtung könne es auch abends betrieben werden, da keine Nachbarn vorhanden seien, die sich daran stören könnten.

Bürgermeister Frank Henkel (SenInnSport) sagt zu, dem Ausschuss die sog. Wirtschaftlichkeitsberechnung vorzulegen, sofern der Aufsichtsrat dem zustimme.

Eine von **Martin Beck** (GRÜNE) erbetene Information, bis wann die Mittel aus dem Stadtumbau West zur Verfügung stünden, werde ebenfalls nachgeliefert.

Vorsitzende Karin Halsch bedankt sich im Namen des Ausschusses bei Dr. Lipinsky für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren.

Die Besprechung zum TOP 2 b) sei erledigt.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Hauptausschuss, den Antrag – Drucksache 17/0775 – abzulehnen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 17/0285

**Obligatorischen Schwimmunterricht qualifizieren
und ausbauen**

[0030](#)

Sport(f)

BildJugFam*

Vorsitzende Karin Halsch informiert, dass hierzu eine Stellungnahme des Ausschusses BildJugFam vorliege, in der die Ablehnung des Antrags mit geändertem Berichtsdatum „31. Januar 2013“ empfohlen werde.

Dr. Gabriele Hiller (LINKE) hält es für wichtig, dass alle Berliner Kinder nach Beendigung der Schule schwimmen könnten. Leider sei das nur zum Teil der Fall, und der Anteil der Nichtschwimmer steige. Vor diesem Hintergrund habe ihre Fraktion den vorliegenden Antrag formuliert.

Staatssekretär Andreas Statzkowski (SenInnSport) stellt fest, dass durch den Zuschuss an die Bäder-Betriebe in Höhe von 50 Millionen Euro für 2012 und 2013 die Grundvoraussetzung für den Schwimmunterricht geschaffen worden sei. Außerdem werde das Bädersanierungsprogramm zu Ende gebracht, wodurch in den nächsten Monaten die Schwimmhallen in der Gropiusstadt und in der Finkensteinallee eröffnet werden könnten und im nächsten Jahr die in Spandau Süd. Mit den 5 Millionen Euro Investitionsmittel, die das Abgeordnetenhaus den Bäder-Betrieben in den kommenden Jahren zur Verfügung stelle, könnten Schließungen vermieden werden. All das komme dem Schulschwimmen zugute.

Dennis Buchner (SPD) bedauert, dass 19 Prozent aller Kinder nicht schwimmen könnten. Auch wenn das unter dem Bundesdurchschnitt liege, müsse dieser Anteil gesenkt werden.

Die Beratung im Ausschusses BildJugFam habe ergeben, dass viele der Forderungen der Linksfraktion in Berlin längst gängige Praxis seien. Beispielsweise gebe es in Pankower Schwimmhallen bereits qualifizierter Schwimmlehrer, die den Unterricht durchführten. Aus diesem Grund werde seine Fraktion den Antrag ablehnen. Außerdem bestehe die Notwendigkeit, mit den Zeiten, die in den Schwimmhallen unentgeltlich für Schulen und Vereine bereitgestellt würden, auszukommen.

Neben dem schulischen Schwimmunterricht halte er es für unabdingbar, auf die Eigenverantwortung der Eltern zu setzen. In jedem Bad würden Schwimmkurse angeboten. Eine Teilnahme könne aus dem Bildungs- und Teilhabepaket unterstützt werden. Darüber hinaus gebe

es viele Kooperationen von Schulen und Sportvereinen, die sich um den Schwimmsport bemühten.

Dr. Gabriele Hiller (LINKE) konstatiert, dass trotz aller guten Angebote, die es bereits gebe, die Ergebnisse nicht zufriedenstellend seien. Deshalb müsse über Verbesserungen nachgedacht werden. Genau das werde im Antrag ihrer Fraktion gefordert. Insbesondere in sozialen Brennpunkt nehme die Fähigkeit zu Schwimmen ab. Man könne sich nicht auf die Verantwortung der Eltern zurückziehen.

Auch der Aspekt der Inklusion sei beim Erlernen des Schwimmens bisher viel zu wenig beachtet worden.

Tim-Christopher Zeelen (CDU) kündigt für seine Fraktion die Ablehnung des Antrags ab. Die Gründe dafür entsprächen denen der SPD.

Zur Inklusion werde Ende Februar 2013 ein Bericht des gleichlautenden Beirats vorgelegt, in dem vermutlich auch auf Sportstätten und Schulsport eingegangen werde. Auch zur Lehrerbildung sei eine Expertenkommission gebildet worden. Dem Senat könne somit nicht vorgeworfen werden, untätig zu sein.

Der größte Beitrag, den man für das Erlernen des Schwimmens leisten könne, sei der Weiterbetrieb der 37 Bäder.

Religiöse Gründe dürften dem Schwimmenlernen nicht im Weg stehen. Hier sei immer noch Aufklärungsarbeit erforderlich.

Claudia Hämmerling (GRÜNE) appelliert, den Schwimmunterricht nicht von Sportlehrern erteilen zu lassen, sondern von qualifizierten Schwimmlehrern. Pankow sei diesbezüglich vorbildlich. Die Fertigkeit, Schwimmen zu können, sei im Zweifelsfall lebensrettend und müsse entsprechend wichtig genommen werden. Zu DDR-Zeiten sei es gelungen, nahezu allen Kindern das Schwimmen beizubringen. An dem damaligen Konzept könne man sich orientieren, solange man kein besseres gefunden habe. Sie bitte, das auch bei einer Ablehnung des Antrags zu bedenken.

Andreas Baum (PIRATEN) hofft, dass auch bei einer Ablehnung des Antrags viele seiner Anregungen aufgegriffen würden. Der Anteil von 19 Prozent Nichtschwimmern sei seiner Ansicht nach noch deutlich zu hoch, zumal der Anteil abhängig von der sozialen Herkunft stark schwanke.

Dennis Buchner (SPD) weist darauf hin, dass die Koalitionsfraktionen nicht die Intention des Antrags ablehnten. Die Ablehnung begründe sich auf bereits erfolgtes Senatshandeln und die Ankündigung von Senatorin Scheeres, diverse Punkte des Antrags im Gesamtkonzept Schulsport umzusetzen.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Plenum, den Antrag – Drucksache 17/0285 – abzulehnen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.